



## Mit starkem Sozialstaat und mehr Mitbestimmung gegen soziale Spaltung und Rechtspopulismus

Die Folgen einer neoliberalen Politik, die den Markt in allen Lebensbereichen den Vorzug gab sowie unser Steuersystem zugunsten der Vermögenden entwickelte und damit den Staat in seiner Handlungsfähigkeit und die Sozialversicherungssysteme schwächte, sorgte für eine drastische Umverteilung von Macht und Vermögen von unten nach oben. Tariffucht (2016 waren nur 29% der Betriebe und 56% der Beschäftigten) und prekäre Beschäftigungen einhergehend mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit sorgen selbst in der Mittelschicht für Abstiegsängste. Die soziale Spaltung mit einer gleichzeitigen Schwächung der Gewerkschaften verstärkt den Wunsch der abhängig Beschäftigten nach einer Ablösung der derzeitigen politischen Eliten. Rechtspopulisten nutzen diese Stimmung in ganz Europa für ihre Machtentfaltung, allerdings ohne den Menschen Wohlstand oder gar ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit oder mehr Mitbestimmung zu versprechen. Ganz im Gegenteil sie vertiefen die soziale Spaltung und grenzen Menschen wegen ihrer Religion oder Herkunft aus. Diesem politischen „Weiter so“ können wir nicht zustimmen und wir fordern die Politik zu einem Kurswechsel in Richtung einer gerechten Gesellschaft auf.

Die Betriebs- und Personalräte im Münsterland fordern eine gerechte Gesellschaft mit:

- **Guter Arbeit für alle** – tarifgebunden, gesund und sicher mit einer selbstbestimmten Arbeitszeit
- **Gleichem Einkommen für gleichwertige Arbeit**, das die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Armut verhindert
- **Mehr Mitbestimmung** in allen Unternehmen und Betrieben, damit Kapital und Arbeit auf „Augenhöhe“ verhandeln
- Einem **paritätisch finanzierten Sozialsystem** mit einer **lebensstandardsichernden und armutsfesten gesetzlichen Rente für alle**
- Einer **gleichwertige Gesundheitsversorgung** für alle und einer **menschenwürdigen Pflege**
- Einem **chancengerechtes Bildungssystem**, das die Auslese beendet
- **Wasser, Strom und Wohnraum als Daseinsvorsorge** und gehören unter staatlicher Kontrolle: das Marktversagen beim Thema Wohnraum ist offensichtlich, deshalb ist es Aufgabe des Staates für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, aber auch sich für bezahlbare klimaneutrale Energieversorgung zu kümmern und die Wasserversorgung nicht zu privatisieren
- Einer **ökologische Umgestaltung des Verkehrssystems**, die auch die Mobilität im ländlichen Raum mitdenkt
- Einem **Recht auf Asyl**, dazu hört aber auch Geflüchtete integrieren sowie Fluchtursachen bekämpfen
- Einer **Sicherheit ohne Überwachung und Einschränkung der Bürgerrechte**
- **Frieden, Entspannung und Abrüstung statt Militarisierung der Gesellschaft und neuen Kriegen**
- Einem **sozialen, demokratischen, ökologischen und friedlichen Europa**
- Einer **fairen und gleichberechtigten globalen Handelspolitik**

